

Resolution

der Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen

Die Budgetierung ist das größte Hemmnis für eine umfassende, qualitätsgesicherte ambulante Versorgung

Weimar, 28.02.2018. Am 07.02.2018 haben sich Union und SPD auf einen Koalitionsvertrag für eine neue Bundesregierung geeinigt. In der Gesundheitspolitik stellen sie nach den Worten des Vertrages das Patientenwohl in den Mittelpunkt. Eine neue Bundesregierung – sollte sie in dieser Form zustande kommen – will dazu in einem Sofortprogramm die Sprechzeiten für Kassenpatienten in den Arztpraxen ausweiten und die Aufgaben der Terminservicestellen deutlich erweitern.

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen kritisiert nachdrücklich, dass hier politische Versprechungen zu Lasten Dritter gemacht werden. Ärzten und Psychotherapeuten in Thüringen wird unterstellt, dass es eines politischen Programms bedürfte, damit sie im Interesse ihrer Patienten arbeiten. Diese Unterstellung ist falsch. Die ambulant tätigen Ärzte und Psychotherapeuten in Thüringen leisten schon heute Außerordentliches. Sie behandeln 20 bis 30 % mehr Kassenpatienten als der Bundesdurchschnitt. Viele dieser Patienten sind schon älter und mehrfach erkrankt, ihre Behandlung ist überdurchschnittlich aufwändig. Viele Thüringer Ärzte und Psychotherapeuten bieten bereits jetzt deutlich mehr als 20 Stunden Sprechzeit pro Woche an. Darüber hinaus leisten sie Hausbesuche. Außerhalb ihrer Sprechzeit arbeiten sie im Ärztlichen Notdienst. Das ergibt in Summe eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von über 50 Stunden. Die Mitarbeiterinnen der Terminservicestelle der KV Thüringen haben mit Unterstützung der ambulant tätigen Ärzte und Psychotherapeuten bisher alle Terminanliegen von Patienten erfüllt und standen darüber hinaus für viele Menschen in Thüringen als Berater und Ansprechpartner in Sachen Gesundheit zur Verfügung.

Wir fordern deshalb die Politik auf, vor jeglichen Gesetzesinitiativen im Bereich der Gesundheitsversorgung das Gespräch mit den Ärzten und Psychotherapeuten zu suchen. Neue Anforderungen müssen adäquat finanziert werden. Die Budgetierung, aus unserer Sicht das Haupthindernis einer Arbeit zum Wohle der Patienten, muss abgeschafft werden. Als Vertreter der ambulant tätigen Ärzte und Psychotherapeuten stehen wir der Politik gern als Gesprächspartner zur Verfügung.